

Fragestunde

Hannover, den 8. 5. 1991

Mündliche Anfragen gemäß § 47 der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages

1. Abgeordneter
Dorka
(CDU)

Straßensterben im Harz?

In einer Diskussionsrunde mit Schülern des niedersächsischen Internatsgymnasiums Bad Harzburg am 15. März 1991 in Hannover wurde u. a. auch über die Einrichtung des Nationalparks Harz gesprochen. Im Verlauf dieser Diskussion sagte der SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Domröse wörtlich: „Die B 4 im Harz können Sie vergessen, die Straße wird es nicht mehr geben“. Da es sich bei dem SPD-Landespolitiker Dr. Domröse um ein Mitglied der die Regierung tragenden Mehrheitsfraktion handelt, muß die Ernsthaftigkeit dieser Aussage unterstellt werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist der Stand der Planungen für den Nationalpark Harz, und welche zeitlichen Vorgaben bestehen für welche Planungs- und Beteiligungsabschnitte?
2. Teilt die Landesregierung die Auffassung von Dr. Domröse, daß die B 4 im Harz zur Disposition steht und daß es die Straße bei der Ausweisung des Nationalparks Harz nicht mehr geben wird?
3. Welches Verkehrskonzept wird im Hinblick auf den Nationalpark Harz diskutiert und gegebenenfalls mit welchem Ergebnis?

2. Abgeordnete
Lindhorst,
Haselbacher,
Gansäuer
(CDU)

Erwartete Unterrichtsversorgung im gesamten Bereich des Schulaufsichtsamtes Hannover-Land I

Dem Vernehmen nach werden dem Schulaufsichtsamt Hannover-Land I innerhalb der Unterrichtsvorausschau zum 1. 8. 1991 für Grundschulen, Hauptschulen und Realschulen keine neuen Lehrer zugewiesen, selbst der Ersatzbedarf wird nicht befriedigt.

Die Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen und Sonderschulen im Gebiet dieses Schulaufsichtsamtes werden damit zum Schuljahresbeginn 1991/92 unter-

versorgt sein. Erstmals in der Geschichte des Schulaufsichtsamtes wird die Unterrichtsversorgung rechnerisch unter 100 % fallen, im Sonderschulbereich sogar unter 75 %.

In der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten vom 27. Juni 1990 wollte sich die Landesregierung „vom Prinzip der Chancengleichheit leiten lassen“, und Kinder und Jugendliche sollten Bedingungen vorfinden, „die einer gedeihlichen Entwicklung ihrer intellektuellen . . . , aber auch emotionalen Fähigkeiten förderlich sind.“ Und weiter: „Vom Haushaltsjahr 1991 an wollen wir jährlich über den Ersatzbedarf hinaus Lehrerinnen und Lehrer einstellen.“ Prophetisch konstatiert der Herr Ministerpräsident sodann: „Wir alle wissen nämlich, wie sehr es an der Versorgung insbesondere in den Grundschulen hapert. Wir sind diejenigen, die den zahllosen Elterninitiativen . . . nicht einfach nur nichtssagende Schreiben schicken, sondern die auch etwas tun . . .“

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie wird ihr Tun im Schulaufsichtsamt Hannover-Land I sichtbar gegenüber den angeblich nur nichtssagenden Schreiben der früheren Landesregierung?
2. Wie ist das Prinzip Chancengleichheit zu verwirklichen bei einer durchgängigen rechnerischen Unterrichtsversorgung von unter 100 %, der schlechtesten seit Bestehen des Schulaufsichtsamtes?
3. Ist die Unterrichtssituation zu Beginn des neuen Schuljahres beim Schulaufsichtsamt Hannover-Land I als exemplarisch dafür zu betrachten, „wie schnell und wie nachhaltig diese Koalition das, was sie den Menschen versprochen hat, umsetzt“?

3. Abgeordneter
Rehkopf
(FDP)

Aufnahme sowjetischer Juden in Niedersachsen

Dem Vernehmen nach hat die Innenministerkonferenz beschlossen, sowjetische Juden in die Bundesrepublik aufzunehmen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Personen, in welchem zeitlichen Rahmen, sollen nach dieser Vorgabe in Niedersachsen aufgenommen werden?
2. Wer soll für die Unterbringung und Versorgung (Sozialhilfe) dieser Personen sorgen?
3. Sind die Kommunen über ihre Spitzenverbände unterrichtet?

4. Abgeordneter
Bruns
(SPD)

Kosten der Werbung der Energieversorgungswirtschaft

Die Energieversorgungswirtschaft wirbt mit teuren, ganzseitigen Anzeigen (z. B. „Der Spiegel“) für die Kernenergie. Sie wirbt damit nicht für ein Produkt, sondern für ein Produktionsverfahren, das von allen Parteien und der Bundesregierung nur als für einen Übergangszeitraum zu verantworten bezeichnet wurde und von der Mehrheit der Landesregierungen abgelehnt wird.

Es ist anzunehmen, daß die Kosten dieser Werbekampagne über die Strompreise von der Bevölkerung bezahlt werden, die ebenfalls mit großer Mehrheit den Ausstieg aus der Atomenergie will.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Kosten entstehen der Versorgungswirtschaft vermutlich durch die Werbekampagne für die Atomenergie?
2. Werden diese Kosten aus den Gewinnen getragen, die die Versorgungswirtschaft aus dem Verkauf von Energie erzielt, und sind sie somit Bestandteil der Energiepreise?
3. Ist der Landesregierung gegebenenfalls dieser Tatbestand bei der Genehmigung der Strompreise bekannt gewesen, und ist er somit durch die behördliche Genehmigung abgedeckt oder nicht?

5. Abgeordneter
Dr. Stratmann
(CDU)

Gesundheitsrisiken aufgrund hoher Dioxinbelastung durch Kieselrot auf Sport- und Kinderspielplätzen

Nach einer Pressemeldung des Senats der Freien Hansestadt Bremen vom 16. April 1991 besteht die konkrete Besorgnis, daß in der Zeit von Mitte der 50er bis Mitte der 70er Jahre rund 5 Millionen t hochgradig mit Dioxinen und Furanen belastete Kupferschlacke schwerpunktmäßig in den Ländern Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen auf Sport- und Spielplätzen sowie im Wegebau und anderweitig verarbeitet worden sind. Die Dioxin-Furan-Konzentrationen liegen in Bremen in Größenordnungen zwischen 10 000 bis 100 000 Nanogramm Toxizitätsäquivalent (TE) pro Kilogramm Trockensubstanz. Zur Zeit ermitteln die niedersächsischen Städte und Gemeinden anhand ihrer Beschaffungsunterlagen, ob und in welchem Umfang Kupferschlacke im Zuge von Bauvorhaben verwendet worden ist. Die Stadt Hannover hat bereits drei Sportanlagen vorläufig gesperrt.

Das Bundesgesundheitsamt hat als Sanierungsgrenzwert für Kinderspielplätze 100 ng TE und für Siedlungsgebiete 1000 ng empfohlen. Innerhalb der Nie-

dersächsischen Landesregierung ist im Zusammenhang mit der Sonderabfalldeponie Münchehagen als Grenzwert für die Herausnahme landwirtschaftlich genutzter Böden aus der Produktion ein Grenzwert von 16 ng diskutiert worden. Eine Sanierung kontaminierter Flächen durch bisher nur im Labormaßstab erprobte UV-Strahlung scheidet angesichts der zu erwartenden Mengen aus.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Sicherungsmaßnahmen beabsichtigt sie für die betroffenen Flächen zu veranlassen?
2. Wie sollen die erforderlichenfalls auszuhebenden Böden entsorgt werden?
3. Welches im erforderlichen Maßstab einsetzbare Verfahren hält sie zur Entgiftung der Böden für am geeignetsten?

6. Abgeordneter
Grill
(CDU)

Planfeststellungsverfahren Konrad

Zur Fortführung des Planfeststellungsverfahrens für die Errichtung und den Betrieb eines Endlagers für radioaktive Abfälle in der Schachanlage Konrad hat die Niedersächsische Umweltministerin Griefahn in der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht am 9. April 1991 in Karlsruhe dergestell, daß sie von einer Dauer von sechs Monaten nach dem Ende der Auslegung bis zum Erörterungstermin ausgehe. In der Landtagssitzung am 17. April 1991 hat Frau Ministerin Griefahn geäußert, daß der Erörterungstermin innerhalb eines Jahres stattfinden werde.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Vorkehrungen hat sie dafür getroffen, daß das Planfeststellungsverfahren mit der Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Öffentlichkeitsbeteiligung zügig fortgeführt wird?
2. Wie begründet sie die binnen nur weniger Tage gemachten unterschiedlichen Aussagen zur Terminierung der Erörterung im Planfeststellungsverfahren?
3. Wird der Erörterungstermin im Januar/Februar 1992 durchgeführt werden?

7. Abgeordneter
Dr. Hruska
(FDP)

Anspruch und Wirklichkeit rot-grüner Energiepolitik

Die Niedersächsische Landesregierung hat mehrfach erklärt, sie könne und wolle darauf hinwirken, daß die Stromerzeugung aus Kernenergie baldmöglichst

unterbleibe. Ähnliche Pläne sind in der Vergangenheit auch von anderen Ländern aufgestellt worden, mußten später aber revidiert werden. So hatte die schwedische Regierung den Ausstieg aus der Kernenergie bereits im Jahr 1980 beschlossen. Inzwischen ist noch kein einziges der zwölf schwedischen Kernkraftwerke abgeschaltet worden. Die Diskussion um den Treibhauseffekt und ein für die Mitte der 90er Jahre erwarteter Energieengpaß haben in Schweden dazu geführt, daß die Ausstiegspläne von der sozialdemokratischen Regierung des Landes aufgegeben wurden. In Finnland sollte 1987 der Ausstieg aus der Kernenergie durch ein vierjähriges Moratorium über den Bau weiterer Kernkraftwerke eingeleitet werden. Nach Ablauf dieses Moratoriums zeichnet sich nun ebenso wie in Schweden eine Zustimmung zur Kernenergie ab, um so die Versorgungssicherheit und die Senkung der CO₂-Emissionen zu gewährleisten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Hat sie sich über die Gründe des Scheiterns der Ausstiegspläne in Schweden und Finnland informiert?
2. Teilt sie die Auffassung, daß die Voraussetzungen für einen Ausstieg aus der Kernenergie in Schweden und Finnland grundsätzlich mit denen in der Bundesrepublik Deutschland vergleichbar, eher noch günstiger sind?
3. Was veranlaßt sie zu der Annahme, daß ihre Ausstiegspläne erfolgreicher sein werden als die der Regierungen Schwedens und Finnlands?

8. Abgeordneter
Klare
(CDU)

Reservierung von 100 Lehrerplanstellen für "pädagogische Innovationen"

Einer Meldung des "rundblick" vom 26. April 1991 zufolge beabsichtigt der Niedersächsische Kultusminister Wernstedt (SPD), zum Schuljahresbeginn 1991/92 100 freiwerdende Lehrerplanstellen nicht neu auszuschreiben, sondern sie für Freistellungs- und Anrechnungsstunden im Rahmen "pädagogischer Innovationen" zu verwenden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Um welche Art von "pädagogischen Innovationen" handelt es sich bei der Reservierung der 100 Planstellen im einzelnen?
2. Hält es die Landesregierung gegenüber Eltern, Schülern und Lehrern für vertretbar, angesichts einer zum Schuljahresbeginn 1991/92 zu erwartenden weiteren Verschlechterung der Unterrichtsversorgung 100 für diesen Zweck dringend notwendige Lehrerplanstellen für "pädagogische Innovationen" zu verwenden?
3. Hält sie es angesichts des von Finanzministerium und Staatskanzlei ab Haushaltsjahr 1992 vorgeschlagenen Abbaus von Anrechnungstatbeständen im Volumen bis zu 5 000 Planstellen für gerechtfertigt, im Haushaltsjahr 1991 noch 100 zusätzliche Planstellen für eben diese Freistellungstatbestände zu reservieren?

9. Abgeordnete
**Hildebrandt,
Goldmann**
(FDP)

Prognosen des Lehrerberarfs

In den letzten zwei Jahren ist ein Schülerzuwachs an allgemeinbildenden Schulen zu verzeichnen. Der Verband Bildung und Erziehung bezeichnete den Schülerzuwachs kürzlich als pädagogisch dramatische Entwicklung, die ohne eine langfristige Planstellenpolitik zu einer Verschlechterung der Unterrichtsversorgung führe.

Mit Schreiben vom 28.9.1990 haben wir den Herrn Kultusminister gebeten, Auskunft über den neuesten Stand der Bevölkerungsentwicklungsstatistik zu geben. Nach mehrmaligen telefonischen Rückfragen antwortete der Leiter des Ministerbüros des Kultusministeriums am 4.3.1991, daß zu den "angesprochenen Fragen zum Lehrerberarf ... es noch zu keiner abschließenden Bearbeitung gekommen" sei. Er habe das zuständige Referat "noch einmal gebeten, dem Minister die erforderlichen Daten unverzüglich zuzuleiten".

Anläßlich der Hochschulbereisung der FDP-Fraktion wurde von einigen Lehrerausbildungsstätten beklagt, daß man aufgrund fehlender Basisdaten bzw. fehlender Rahmenvorstellungen des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur nicht planen könne, obwohl, wie der Bericht und die Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission gezeigt hätten, dieses unbedingt erforderlich wäre.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Hat das zuständige Referat dem Herrn Kultusminister die erforderlichen Daten bezüglich der Prognosen des Lehrerberarfs bereits zugeleitet, und wie sehen diese aus?
2. Auf welcher statistischen Grundlage entstanden der Entwurf zur Berechnung der Unterrichtsversorgung sowie die ab 1.8.1991 gültigen "reformpädagogischen" Erlasse zur Arbeit in den verschiedenen Schulformen?
3. Auf welcher fächer- und schulformspezifischen Basis plant das MMK zur Zeit den Bedarf in der Lehrerausbildung?

10. Abgeordneter
Bannier
(FDP)

Fehlbelegung von öffentlich geförderten Wohnungen

Als Folge des staatlich geförderten Wohnungsbaus taucht immer wieder das Problem auf, daß die geförderten Wohnungen nicht mehr von dem Personenkreis bewohnt werden, für den sie ursprünglich geschaffen worden sind. Die Gründe hierfür liegen u.a. in steigenden Einkommen, Verkleinerung der Familien durch Auszug, Ehescheidung usw. Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, von diesem Personenkreis eine Fehlbelegungsabgabe zu verlangen. Presseberichten zufolge hat die Landesregierung mittlerweile eine Bestandsaufnahme über Sozialwohnungen in Auftrag gegeben.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Informationen besitzt sie aus dieser Bestandsaufnahme - bzw. aus anderen Quellen - über Sozialwohnungen in Niedersachsen, insbesondere über deren Anzahl, Größe, Anzahl der Mieter, die die Einkommensgrenze des § 25 II. Wohnungsbaugesetz überschreiten, und den Unterschied der Mieten zu denen in frei finanzierten Wohnungen?

2. Falls die Ergebnisse der Bestandsaufnahme noch nicht vorliegen, wann ist mit ihnen zu rechnen?
3. Werden die Ergebnisse Aufschluß über die oben genannten Punkte geben?

11. Abgeordneter
Dr. Schneider
(Isernhagen)
(CDU)

Gefährdung der Partnerschaft zwischen dem Land Niedersachsen und der Vereinigten Universität Hefei, Volksrepublik China

Seit 1984 besteht ein Abkommen zwischen dem Land Niedersachsen und der o. g. Universität, demzufolge jedes Jahr sechs chinesische Wissenschaftler für zwölf Monate nach Niedersachsen eingeladen werden, um eine Aus- und Fortbildung zu erhalten. Diese haben sich ein Jahr lang, teilweise unter großen Entbehrungen und generell durch vorübergehende Aufgabe ihres Arbeitsplatzes, der ihnen auch für später nicht mehr garantiert wird, intensiv auf den Deutschlandaufenthalt vorbereitet. Zu diesem Zweck ist eigens ein deutscher Lehrer aus Niedersachsen an dieser Universität eingesetzt worden.

Die Landesregierung hat trotz wiederholter schriftlicher Bitten nicht nur an den Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, sondern auch an den Ministerpräsidenten selbst die notwendige Einladung seit mehreren Monaten nicht ausgesprochen, so daß nicht nur das Wissenschaftlerprojekt selbst, sondern die seit sechs Jahren bestehende Partnerschaftsverpflichtung insgesamt gefährdet ist.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum hat sie bis heute keine Entscheidung über die Fortsetzung dieses Projektes getroffen?
2. Wann ist mit einer solchen Entscheidung zu rechnen?
3. Ist die Landesregierung überhaupt bereit, das Wissenschaftlerprojekt und die Partnerschaftsverpflichtung mit der Vereinigten Universität Hefei aufrecht zu erhalten?